



17.3270

Motion SPK-NR.**Ersatz des Status
der vorläufigen Aufnahme****Motion CIP-CN.****Remplacer le statut des étrangers
admis à titre provisoire***Ordnungsantrag – Motion d'ordre*

CHRONOLOGIE

NATIONALRAT/CONSEIL NATIONAL 12.06.17

STÄNDERAT/CONSEIL DES ETATS 11.09.17 (ORDNUNGSANTRAG - MOTION D'ORDRE)

Ordnungsantrag Germann

Rückweisung der Motion 17.3270 an die SPK-SR

mit dem Auftrag, die Kantone, Städte und Gemeinden anzuhören, bevor dem Ständerat Antrag gestellt wird.

Motion d'ordre Germann

Renvoyer la motion 17.3270 à la CIP-CE

avec mandat d'entendre les représentants des cantons, des villes et des communes avant de soumettre une proposition au Conseil des Etats.

Germann Hannes (V, SH): Eine Vorbemerkung: Sie haben zu diesem Geschäft vom Schweizerischen Städteverband und vom Schweizerischen Gemeindeverband vorgängig ein Schreiben bekommen, in welchem diese beiden Kommunalverbände – der Brief ist von beiden unterzeichnet – materiell Position beziehen. Sie wissen, ich präsidiere einen davon. Damit habe ich auch meine Interessenbindung offengelegt.

Es hat mich aber nicht das dort Vorgebrachte an der Sache gestört, sondern dass die kommunale und die kantonale Ebene in der Kommission nicht in die Entscheidungsfindung involviert worden sind; zumindest sieht es für mich von aussen so aus. Für die kantonale Ebene wie auch für die kommunale Ebene ist es aber wichtig, dass die Integration gelingt, die wir bezüglich der Leute anstreben, die im Land bleiben können. Dazu hätte man jetzt ein paar Anpassungen machen müssen, was den Status der vorläufigen Aufnahme anbetrifft.

Mit dem in der Motion vorgesehenen Vorgehen könnte das Parlament dem Bundesrat den Auftrag erteilen, eine Gesetzesänderung auszuarbeiten, beispielsweise im Sinne der Vorschläge gemäss Variante 2 im bundesrätlichen Bericht. Der neue Schutzstatus könnte dann all jenen Personen zugesprochen werden, bei denen eine hohe Bleibewahrscheinlichkeit besteht. Dann wäre ein zweiter Status geschaffen, der bei einem vorübergehenden Schutzbedürfnis zur Anwendung kommt. Damit könnte man eben mindestens eine Sichtung machen und wüsste, wer gute Aussichten hat, bleiben zu können, und wer nicht. Das hilft auch den Arbeitgebern. Niemand will jemanden einstellen, der morgen, in zwei Wochen oder vielleicht auch in zwei Monaten wieder gehen muss. Es ist sicher einfacher, wenn man hier eine Unterscheidung macht.

Das hätte ich eigentlich von der Kommission erwartet. Die kommt jetzt mit einem Ablehnungsantrag. Ich werde es nehmen, wie Sie entscheiden, finde diesen Antrag aber etwas komisch. Denn nicht nur die kommunalen Verbände, also der Städte- und der Gemeindeverband, haben hier Position im

AB 2017 S 554 / BO 2017 E 554

Sinne des Vorstosses aus dem Nationalrat bezogen, der auf Hearings basiert. Auch der Vorstand der KdK – die immerhin die Kantonsregierungen vertritt – hat sich einstimmig dahintergestellt; meines Wissens auch die Sozialdirektorenkonferenz.

Das sind doch Gremien, die normalerweise eng mit uns zusammenarbeiten. Hier gibt es einfach eine Diskrepanz, wenn die Kantone, die wir hier auf Bundesebene vertreten, in einer wichtigen Sache, die namentlich am Schluss auch finanziell von den Kantonen und den Gemeinden getragen werden muss, eine komplett andere





Meinung haben. Es macht schon einen Unterschied, ob jemand arbeitet und einen Teil seines Auskommens selbst bestreiten kann oder ob er von vornherein der Sozialhilfe in den Gemeinden anheimfällt.

Ich fände es darum sehr wohl eine Überlegung wert, hier noch einmal über die Bücher zu gehen. Wenn Sie nachher trotzdem bei Ihrem ablehnenden Antrag bleiben, dann müssen wir hier drin entscheiden. Man sollte nicht so schnöde über die Meinungen der Direktbetroffenen in diesem Lande hinweggehen. Danke für Rückweisung der Motion.

Müller Philipp (RL, AG), für die Kommission: Ich spreche wirklich nur zum Ordnungsantrag, nachdem sich Kollege Germann ja auch noch inhaltlich geäussert hat.

Wir haben in der Kommission bereits eine Diskussion über allfällige Anhörungen geführt. Wir haben uns deshalb gegen weitere Anhörungen entschieden, weil bereits die Staatspolitische Kommission des Nationalrates unzählige Anhörungen durchgeführt hat; auch der Gemeindeverband oder der Städteverband, die SODK oder die KKJPD usw. wurden angehört. Sehr viele Anhörungen wurden im Erstrat bereits durchgeführt.

Wenn wir diesen Ordnungsantrag Germann unterstützen würden, würde das bedeuten, dass die Kommission all diese Leute nochmals anhören würde, wobei uns diese genau das Gleiche erzählen würden, wie wir es im Protokoll nachlesen könnten. Der Kommission, die das ja ebenfalls diskutiert hat, schien das keinen Sinn zu machen. Das wäre nicht effizient, zumal ja üblicherweise der Erstrat Anhörungen durchführt, während die Kommission des Zweitrates die Protokolle liest – oder eben nicht liest.

Ich erlaube mir im Übrigen die Bemerkung, dass eine Kommission durchaus in der Mehrheit anders beschliessen kann als die Kantone oder die SODK, die KKJPD, der Städteverband, der Gemeindeverband usw. Das ist, denke ich, legitim, zumal wir uns mit dieser Materie ja doch intensiv auseinandergesetzt haben. Wir haben einen entsprechenden Bericht des Langen und Breiten diskutiert, wie das schon die nationalrätliche Kommission gemacht hatte. Insofern darf man, glaube ich, von einem fundierten und gut und lange diskutierten Entscheid der SPK unseres Rates sprechen.

In diesem Sinne bitte ich Sie, diesen Ordnungsantrag Germann abzulehnen.

Föhn Peter (V, SZ): Ich muss meine Kommission ein wenig in Schutz nehmen. Der Antragsteller hat vorhin das Wort "schnöde" in den Mund genommen und gesagt, dass wir in der Kommission schnöde über die Gemeinden und Kantone hinweggehen würden. Das muss ich in aller Form und Freundlichkeit zurückweisen – so nicht, mein lieber Kollege.

Der Kommissionssprecher hat das richtig gesagt: Es ist üblich, dass man in der ersten Kommission Anhörungen macht. Es wurden über zwanzig Anhörungen gemacht, ich habe Unterlagen von Kommissionsprotokollen mit Anhängen aus diesen Anhörungen von weit über hundert Seiten. Jetzt ist die Frage, ob wir das alles noch einmal durchspielen wollen. Man hat jetzt noch die SODK genannt, die man auch noch anhören sollte. Irgendwie sollten wir doch effizient arbeiten. Die Kommission hat nicht einfach schnöde über die anderen hinweggesehen, sondern hat das Geschäft in allem Ernst behandelt und am Schluss eine demokratische Abstimmung durchgeführt. Es war ein Unterbruch, verbunden mit möglichen Anhörungen, beantragt worden. Dieser Antrag wurde mit 7 zu 3 Stimmen klar abgelehnt. Meines Erachtens hat die Kommission diesen Entscheid im vollen Bewusstsein gefällt.

Ich bitte Sie hier, diesen Ordnungsantrag abzulehnen.

Bruderer Wyss Pascale (S, AG): Effizient arbeiten wir wahrscheinlich dann, wenn wir wirklich auch im Kontakt und im Dialog mit den Direktbetroffenen sind, wenn wir uns über unsere Vorstellungen, auch wenn sie denen der anderen nicht entsprechen, austauschen können mit denjenigen, die anschliessend direkt betroffen sind und die vorgängig auch andere Vorschläge eingebracht haben.

Für mich ist es wichtig, den Vorrednern zu sagen, dass die Hearings, die aufseiten des Nationalrates bereits stattgefunden haben, vorgängig waren zur konkreten Ausarbeitung der Vorlage an sich und zur Nationalratsdebatte.

Es würde uns als Ständerat gut anstehen, die sehr deutlichen Signale aus den anderen föderalen Ebenen ernst zu nehmen und diesen wichtigen Stimmen, da sind wir uns sicher einig, das nötige Gehör zu verschaffen, diese zumindest zu würdigen. Es würde uns gut anstehen, uns im Dialog mit ihnen auszutauschen und erst danach abschliessend über eine Motion, die als so wichtig erachtet wird, zu entscheiden. Im Brief der Städte und Gemeinden wird von der grossen Bedeutung gesprochen, von den grossen sozialpolitischen Folgen. Ich kann auch die Kantone erwähnen. Es ist nicht sehr häufig, dass sich gleich zwei kantonale Konferenzen im Vorfeld einer Plenumsdebatte einstimmig melden und uns bitten, ihre Bedenken wahrzunehmen. Diese Reaktionen zeigen doch Folgendes: Es gibt da offenbar Bedürfnisse, Haltungen und Erfahrungen seitens der Kantone und der kommunalen Ebene, und es lohnt sich, diese anzuhören und sich im Dialog darüber auszutauschen.



Ich bin froh um den Antrag Germann. Es steht unserem Rat, dem Ständerat, gut an, auf diese Stimmen zu hören, ihnen den nötigen Raum zu geben und darum diesem Ordnungsantrag auf Rückweisung an die Kommission zuzustimmen.

Cramer Robert (G, GE): On parle ici du renvoi de l'objet à la commission. Je vais m'exprimer très brièvement sur ce point en formulant deux considérations.

La première considération, c'est qu'il serait extrêmement singulier que notre conseil, qui est la Chambre des cantons, ne veuille pas entendre la voix de ceux-ci. La Conférence des directrices et directeurs des départements cantonaux de justice et police et la Conférence des directrices et directeurs cantonaux des affaires sociales demandent d'accepter cette motion, mais, j'imagine, au moins subsidiairement, qu'elles souhaiteraient pouvoir développer leurs arguments. Mais notre conseil, la Chambre des cantons, dirait: "Non, nous restons sourds à ce que les cantons ont à nous dire." Je pense que le minimum de courtoisie exige de nous que nous renvoyions cette motion en commission pour pouvoir entendre les représentants des cantons.

La deuxième considération, c'est qu'il est exact que les délégués des cantons ont déjà été entendus par la commission du Conseil national. Mais, comme l'a dit Madame Bruderer Wyss, ils ont été entendus parce que cette commission était en train de préparer un texte; c'est dans cette perspective qu'ils ont été entendus. Manifestement, dans notre conseil, un certain nombre de questions se posent; nous devons accepter que des gens répondent à ces questions plutôt que d'avoir un débat en plénière où chacun exprimera ses sentiments. Je dois vous dire, pour avoir participé au débat en commission, que j'ai réellement le sentiment qu'il y a un certain nombre de questions qui n'ont pas reçu de réponse. En arrière-plan de nos débats, par exemple, certains de nos collègues imaginent que l'on peut trouver des solutions en ayant recours à ce que l'on appelle le permis S. Or, on n'en trouvera aucune de cette manière. Il serait heureux que ces questions soient posées en commission plutôt que de se fonder sur une image fausse que l'on se fait de la réalité.

A partir de là, je ne peux évidemment que vous demander de renvoyer l'objet à la commission de façon à ce que nous puissions prendre une décision en connaissance de cause.

Lombardi Filippo (C, TI): Ich bin auch in der Kommission. Genau gleich wie Herr Cramer habe ich folgenden Eindruck: Wir haben am Ende abgestimmt, und – unser Präsident hat es gesagt – wir haben das mit gutem Gewissen gemacht. Trotzdem muss ich sagen, im Nachhinein sind auch für mich

AB 2017 S 555 / BO 2017 E 555

Fragen aufgetaucht, insbesondere im Gespräch mit denjenigen, die an der Front mit der Frage konfrontiert sind, in den Gemeinden, in den Grenzgemeinden im Tessin. Wir wissen, was für eine Problematik das Tessin erlebt. Es ist eine wichtige Frage.

Anscheinend verstehen nicht alle den Text gleich. Das ist mal eine erste Sache. Über was stimmen wir ab? Wir haben unterschiedliche Auffassungen, was die Auswirkungen sein können. Ich glaube, es wäre wichtig, dass wir diese Gelegenheit, das in der Kommission nochmals zu prüfen und mit den Direktbetroffenen zu diskutieren, wahrnehmen.

Ich würde also auch meinerseits den Ordnungsantrag Germann unterstützen.

Stöckli Hans (S, BE): Es war mein Antrag damals in der Kommission, welcher keine Mehrheit gefunden hat. Trotzdem bin ich natürlich froh, dass Kollege Germann jetzt diese Frage nochmals zur Diskussion stellt – nicht um Recht zu bekommen, sondern um einen richtigen Entscheid zu fällen.

Ich war sehr erstaunt über die Reaktion; nicht darüber, dass es eine Reaktion gegeben hat, aber über die Heftigkeit der Reaktion insbesondere der betroffenen Stellen. Aber auch mein Kanton, der mittlerweile ja jetzt eine neue Mehrheit hat, war sehr erstaunt über den Entscheid der Mehrheit in der SPK. Es besteht offenbar noch sehr viel Bedarf nach einer Klärung, welche dann allenfalls diesen Entscheid begründen kann. Dazu kommt, dass ja Kollege Germann ganz präzise sagte, es sollten die Kantone, Städte und Gemeinden angehört werden. Es ist nicht so, dass alle 22, die bereits in der Kommission des Nationalrates angehört worden sind, nochmals antraben müssten, sondern es geht gezielt um diejenigen, welche sich eben tagtäglich mit der Problematik auseinandersetzen müssen. Ich denke, es steht einem Gesetzgeber gut an, wenn er sich mit denjenigen Leuten austauscht, welche dann die Suppe, die er kocht, auch auslöffeln müssen.

Es kommt noch dazu, dass der Entscheid, wenn wir heute die Motion ablehnen, definitiv ist. Dann ist die Geschichte mit der Revision der vorläufigen Aufnahme vom Tisch. Aber – und jetzt kommt eben ein wichtiges Aber – wir haben ja in der Kommission selbst die parlamentarische Initiative Müller Philipp 16.403 zur Behandlung, welche sich mit der Frage auseinandersetzt, wie der Status der Schutzbedürftigen neu definiert werden sollte. Da hat ja sogar unser Präsident gesagt, es werden dann vielleicht Themen miteinander verheiratet. In



diesem Zusammenhang gehe ich auch davon aus, dass es sinnvoll sein wird, dass im Rahmen der Bearbeitung der parlamentarischen Initiative Müller Philipp die Kantone, Kommunen und Städte dann auch angehört werden. Es wäre wahrscheinlich sehr sinnvoll, wenn das in einem offenen Kontext gemacht würde, damit eben die gesamte Palette der Probleme auch diskutiert werden könnte.

Ich wäre, auch im Sinne der Bedeutung des Ständerates für die Kantone, dankbar, wenn man dem Antrag Germann zustimmen würde.

Eberle Roland (V, TG): Wenn ich so die Stimmen aus der Kommission höre, dann habe ich nicht das beste Gefühl. Unter diesem Aspekt wäre es vermutlich ein Gebot der Vorsicht und der Verantwortung, hier die Kommission nochmals arbeiten zu lassen. Andererseits wäre ich froh, wenn gewisse Votanten sich jeweils auch dann daran erinnern würden, dass sie Ständevertreter sind, wenn sie zu anderen Themen votieren.

Abstimmung – Vote

Für den Ordnungsantrag Germann ... 32 Stimmen

Dagegen ... 9 Stimmen

(4 Enthaltungen)

Präsident (Bischofberger Ivo, Präsident): Damit geht das Geschäft zurück an die vorberatende Kommission.